

Alfred Weber, „Mitteleuropa“ und die litauische Frage im Ersten Weltkrieg¹

Eberhard Demm

Alfred Weber war nach Promotion und Habilitation bei Gustav Schmoller zunächst von 1903 bis 1907 als Professor für Nationalökonomie an der Deutschen Universität Prag tätig, folgte dann einem Ruf an die Universität Heidelberg, wo er, nur unterbrochen durch die NS-Zeit, bis kurz vor seinem Tode 1958 lehrte. Da sich die damaligen Nationalökonomien im Gegensatz zu den meisten heutigen Wirtschaftstheoretikern auch für politische, soziale und historische Aspekte interessierten, also den Bereich der modernen Politologie mit abdeckten, lehrte und publizierte er auch über Imperialismus, Wahlrechtsfragen, Demokratietheorie, Sozialpolitik und ab 1909 über *Kulturgeschichte als Kultursoziologie*, wie der Titel seines soziologischen Hauptwerks lautet.² Doch die Wissenschaft allein genügte ihm nie. „Wir wollen wirken“, hat er einmal auf einer Tagung ausgerufen, und politisches Engagement war ihm geradezu ein persönliches Bedürfnis. An dieser Stelle soll nur sein Eintreten für die Errichtung eines litauischen Staates im Rahmen seiner Mitteleuropakonzeption während des Ersten Weltkriegs behandelt werden.

Vor dem Ersten Weltkrieg lehnte er im Gegensatz zu seinem Bruder Max eine machtpolitische Expansion des Deutschen Reiches nachdrücklich ab. Daher erschienen ihm auch Kolonialerwerb und Flottenausrüstung überflüssig und geradezu gefährlich. Stattdessen befürwortete er 1902 bei einem Vortrag in Wien eine Zollunion mit Österreich-Ungarn, an die sich später auch andere mitteleuropäische Länder anschließen könnten. Dadurch sollte der Absatz deutscher Waren erleichtert und die protektionistischen Tendenzen im Welt-

¹ Auf Anmerkungen wird hier, außer bei direkten Zitaten Webers, im Allgemeinen verzichtet. Ich verweise auf meine früheren einschlägigen Veröffentlichungen: Eberhard Demm: Alfred Weber im Ersten Weltkrieg. In: ders.: Geist und Politik im 20. Jahrhundert. Gesammelte Aufsätze zu Alfred Weber, Frankfurt/Main, S. 185-203 (zuerst 1986); ders.: Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920, Schriften des Bundesarchivs, Bd. 38, Boppard 1990, S. 152 ff., 192 ff.; ders.: Friedrich von der Ropp und die litauische Frage 1916-1919. In: ders.: Ostpolitik und Propaganda im Ersten Weltkrieg, Frankfurt/Main u.a. 2002, S. 259-297 (zuerst 1984); ders.: Die Deutsch-Litauische Gesellschaft (1917-1918), ebd., S. 299-313 (zuerst 1986).

² 1. Aufl. Leiden 1935, 2. veränderte Aufl. München 1950; 1951, 1960 und 1963 nachgedruckt; historisch-kritische Edition in: Alfred Weber-Gesamtausgabe (künftig AWG) Band 1, hrsg. von Eberhard Demm, Marburg 1997.

handel zurück gedrängt werden. Im Falle einer Verwirklichung dieser Mitteleuropakonzeption sah er „eine gewisse Vormachtstellung Deutschlands“ voraus,³ allerdings nur langfristig, da damals die führenden Staatsmänner und Industriellen beider Staaten eher für weitere und höhere Schutzzölle eintraten. Politischen Druck oder gar einen Krieg zur Errichtung dieser Zollunion befürwortete er daher weder in diesem Vortrag noch in anderen öffentlichen oder privaten Äußerungen jener Zeit. So war es nur folgerichtig, dass Weber im Sommer 1914 nachdrücklich vor dem kommenden Weltkrieg warnte. Am 26. Juli 1914, Österreich und Serbien hatten bereits mobilisiert, wies er in einer Diskussion nicht nur auf die allgemeine Kriegsmüdigkeit, sondern vor allem auf den völligen Mangel an Perspektive hin und erklärte:

„Im großen gesehen *für nichts und wieder nichts* (– denn weder in Frankreich noch in Rußland will das Volk den Krieg –) sollen die europäischen Völker sich zerfleischen, ohne daß irgend jemand außer unsern Gegner etwas gewinnen kann.“⁴

Am nächsten Tag sah er bereits mit Entsetzen die furchtbaren Opfer voraus, „all das viele junge Blut, das fließen soll“⁵. Dennoch wurde er im August wie viele andere von der Begeisterung mitgerissen, was er später nicht gerne zugab, und meldete sich trotz seines fortgeschrittenen Alters – er war gerade 46 Jahre alt geworden – freiwillig zur Front. Zunächst arbeitete er eine Zeitlang in der Kommandantur von Mülhausen im Elsass und befehligte ab März 1915 als Hauptmann eine Kompanie der badischen Landwehr, die an der elsässischen Front bei Biesel eingesetzt war.

Von diesen monotonen Tätigkeiten wenig ausgefüllt, machte er sich sehr bald Gedanken über den Sinn des Krieges und die zukünftige Stellung Deutschlands. Er schrieb dazu zahlreiche Briefe an seine Geliebte Else Jaffé-von Richthofen, die er schließlich im Herbst 1915 in Form einer Artikelserie in der Intellektuellenzeitschrift *Die Neue Rundschau* publizierte und Ende des Jahres als etwas erweiterte Broschüre unter dem Titel „Gedanken zur deutschen Sen-

³ Alfred Weber: Die gemeinsamen Interessen Deutschlands und Österreichs. In: AWG 5: Schriften zur Wirtschafts- und Sozialpolitik (1897-1932), hrsg. von Hans Nutzinger, Marburg 2000 (zuerst 1902), S. 292-309, hier S. 305.

⁴ Alfred Weber an Else Jaffé, 26.7.1914, Bundesarchiv Koblenz (künftig BArch), Nachlass (künftig NL) Weber/66, S. 287f.

⁵ Ders. an dies., 27.7.1914, ebd./63, S. 12.

„Gedanken“ herausgab.⁶ Mitte Juni 1915 redigierte er ein Kriegszielprogramm, das er privat drucken ließ und an Freunde und politische Persönlichkeiten verschickte.⁷

An dieser Stelle sollen uns nur seine Kriegsziele interessieren, da sie auch Litauen betreffen. Zunächst war er in seinen „Gedanken“ wie die Mehrheit der Deutschen vom Hass gegen England beherrscht und hoffte auf einen Separatfrieden mit dem Zaren und ein friedliches Zusammenleben mit den Russen. Aber je mehr die deutschen Armeen in Russland vorrückten, um so mehr übertrieb er die russische Gefahr und verlangte immer größere territoriale Kompensationen. Im Februar 1915 scheiterte die österreichische Karpatenoffensive, und Weber deutete vorsichtig die Möglichkeit einer Autonomie der russischen Fremdvölker an. Im April wurden die Russen in den Karpaten zurückgedrängt, und Weber forderte jetzt die Abtretung Polens. Im Mai mussten sich die Russen aus Galizien und der Bukowina zurückziehen, und Weber bestand in seinem Kriegszielprogramm vom Monat Juni zusätzlich auf der Abtretung Litauens und der baltischen Provinzen. Allerdings lehnte er direkte Annexionen ab, wie sie die sog. Konservativen Imperialisten – die Konservativen Parteien, Vertreter der Schwerindustrie, deutsch-baltische Kreise und vor allem die Militärs – wünschten, und erstrebte ein von Deutschland beherrschtes Mitteleuropa, an das sich Österreich-Ungarn, Polen und die Völker des Baltikums sowie des Balkans freiwillig (!) anschließen sollten. Diese Länder würden im Innern selbständig sein, sich aber militärisch, wirtschaftlich und politisch eng an Deutschland anschließen. Damit knüpfte Weber zwar an seine frühere Mitteleuropakonzeption aus dem Jahre 1902 an, erweiterte sie aber durch machtpolitische Zielsetzungen. Er suchte auch Friedrich Naumann, den Vorsitzenden der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) zu beeinflussen, der um die gleiche Zeit gerade seinen Bestseller *Mitteleuropa* schrieb, hatte damit aber nur begrenzten Erfolg. Trotz mancher Divergenzen gehörten beide aber in den großen Linien zu den sog. liberalen Imperialisten, die Regierungskreise, Vertreter der Fertigwarenindustrie, der FVP sowie Teile der SPD und der Nationalliberalen Partei (NLP) umfassten. Diese hatten das gemeinsame Ziel, die imperialistische Großmachtspolitik und das ökonomische Interesse an Großräumen mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der kleineren Nationalitäten

⁶ Alfred Weber: Gedanken zur deutschen Sendung. In: AWG 7: Politische Theorie und Tagespolitik (1903-1933), hrsg. von Eberhard Demm, Marburg 1999, S. 116-177 (zuerst 1915).

⁷ Alfred Weber: Bemerkungen über die Auswärtige Politik und die Kriegsziele. Ebd., (zuerst 1915/1986), S. 109-115.

durch die Errichtung von Satellitenstaaten in Einklang zu bringen. Weber ging es dabei nicht nur um Absatzmärkte und billige Produktionsmöglichkeiten für die deutsche Industrie. Er glaubte auch eine besondere Form der deutschen Sendung gefunden zu haben, nämlich die Befreiung der kleineren Völker und ihre selbständige Entwicklung unter deutscher Hegemonie.

Allerdings war das Selbstbestimmungsrecht der Völker, eines der wirkungsvollsten Propagandaslogans des Weltkriegs, etwas problematisch für die Mittelmächte, denn seine Verwirklichung würde Deutschlands wichtigsten Verbündeten, das Vielvölkerreich Österreich-Ungarn, in seine Bestandteile auflösen. Weber gelang es aber bei einem Vortrag im Oktober 1917, dieses Recht so zu interpretieren, dass es sich mit den deutschen Kriegszielen vereinbaren ließ. Zunächst definierte er den Begriff „Volk“ etwas eigenwillig als ein „seelisch kulturell[es] Ganzes“, womit er bereits einen wichtigen Vorbehalt einführte.⁸ Dann brachte er weitere Einschränkungen vor und betonte, „der von Deutschen und Tschechen gemeinsam bewohnte einheitliche Wirtschaftskessel Böhmens“ dürfe aus wirtschaftlichen Gründen nicht zerschlagen werden. Auch politisch müsste Österreich-Ungarn erhalten bleiben, denn sonst wären seine Völker „nicht mehr Treibende, sondern die Getriebenen, nicht mehr Subjekte, sondern Objekte der großen Dinge“ und würden ihre Geltung in Europa verlieren.⁹ Für Russland gelte diese Argumentation aber nicht, denn es hätte seine Herrschaft überspannt und die Individualität seiner Fremdvölker erstickt, die daher einen Anspruch auf Selbstbestimmung hätten.¹⁰ Damit gestand Weber auch den Polen einen eigenen Staat zu, nahm aber in einem kaum glaublichen logischen Salto ihren in Posen, also unter deutscher Herrschaft lebenden Volksteil, davon aus. Diesem stellt er vielmehr die Aufgabe, „in irgendeiner Art durch seinen [in deutschem Gebiet] eingesprengten Teil an den Zwecken der deutschen Machtmassierung teilzunehmen“.¹¹ Während er in diesem öffentlichen Vortrag noch gewisse Rücksichten nahm, drückte er sich in seinem Briefwechsel viel unbekümmerter aus. Er bezeichnete die Nationalitätsidee als „entartet“ und unterschied zwischen „Führer-Nationen“ und unselbständigen kleinen Völkern und „Volkssplittern“, die von ihnen geleitet werden müssten.¹²

⁸ Alfred Weber: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Friede. Ebd., S. 194-206 (zuerst 1918), hier S. 196.

⁹ Ebd., S. 198.

¹⁰ Ebd., S. 201.

¹¹ Ebd., S. 199.

¹² Alfred Weber an Else Jaffé, 18.7., 19.7.1918, BArch, NL Weber/81, S. 277, 282; 16.9.1917, ebd./78, S. 795.

Zu letzteren zählte er offenbar auch die Litauer. Immerhin schätzte er sie mehr als die Polen. In seinem Kriegszielprogramm wies er die polnischen Gebietsansprüche auf Litauen zurück und verlangte, die Litauer unbedingt dagegen zu unterstützen: Zunächst einmal seien sie „in Masuren... [Weber zählte zu Masuren offenbar auch Nordostpreußen] ein durchaus loyaler Bestandteil unserer Bevölkerung“, während die Polen traditionell unzuverlässig wären. Aus dem gleichen Grund dürfe man die Beherrschung der wichtigen litauischen Festungen nicht den Polen überlassen.¹³

Weber hat sich nie darauf beschränkt, nur Programme zu verfassen, sondern war immer bestrebt, sie in die Tat umzusetzen. So organisierte er von der Front aus im August und November 1915 sowie im März 1916 drei politische Konferenzen in Berlin und bemühte sich dabei, Vertreter von NLP, FVP und SPD auf der Basis seines Kriegszielprogramms zu einer Zusammenarbeit auch in innenpolitischen Fragen zu bewegen – leider ohne Erfolg. Immerhin gelang es ihm im Mai 1916, durch seine guten politischen Kontakte zum Staatssekretär des Reichsschatzamt, Karl Helfferich, aus seiner frustrierenden Position im Schützengraben entlassen und als Hilfsreferent im Reichsschatzamt angestellt zu werden, allerdings unter Siegfried Graf Roedern, der kurz danach Helfferich als Staatssekretär ablöste. Weber sollte an der künftigen Steuerreform mitarbeiten und Kontakte zwischen dem Schatzamt und den politischen Parteien sowie der Presse pflegen. Allerdings engagierte er sich vornehmlich in der deutschen Ostpolitik, genauer gesagt, er arbeitete an der Realisierung der deutschen Projekte gegenüber Polen und Litauen mit.

Für diese Aufgaben war seine Bekanntschaft und enge Zusammenarbeit mit dem deutsch-litauischen Großgrundbesitzer Baron Friedrich von der Ropp von entscheidender Bedeutung. Ropp hatte sich bei Kriegsbeginn der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt und kurz vor Webers Ankunft in Berlin, im März 1916, eine der wichtigsten Organisationen antirussischer Propaganda gegründet, die *Liga der Fremdvölker Russlands*. Sie wurde von zahlreichen Abgeordneten des Reichstages unterstützt und vom Auswärtigen Amt finanziert und sollte die deutsche und internationale Öffentlichkeit für die „Befreiung und Erlangung der Selbständigkeit“ (Ropp) der nichtrussischen Völker des Zarenreiches gewinnen. Entsprechend den Prioritäten der deutschen Politik war das erste Land, auf das sich Weber und Ropp konzentrierten, nicht Ropps Heimat Litauen, sondern Polen.

¹³ AWG 7, S. 112.

Weber verhandelte dabei in enger Abstimmung und im Auftrag von Arthur Zimmermann, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, mit verschiedenen polnischen Aktivisten¹⁴ wie Wilhelm Feldman, dem Herausgeber der in Berlin erscheinenden *Polnischen Blätter*, dem Dumaabgeordneten Michał Łempicki und dem nationalkonservativen Politiker Adam Graf Ronikier, und konnte sie sowie verschiedene deutsche Parlamentarier für die Errichtung eines polnischen Staates gewinnen, der politisch und wirtschaftlich eng an Deutschland angeschlossen werden sollte. Unterdessen hielt sich die Regierung allerdings bedeckt, da sie zu gleicher Zeit mit Russland geheime Verhandlungen über einen Sonderfrieden führen ließ. Erst als diese scheiterten, kam es am 5. November 1916 zur Proklamation des Königreichs Polen durch die Mittelmächte.

Die litauische Frage war bereits im Sommer 1915 akut geworden, als die deutschen Truppen das Land besetzten und es unter Militärverwaltung stellten. Am 5. April 1916 erklärte Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg im Reichstag, dass Deutschland die Polen, Litauer und Balten niemals an Russland ausliefern werde. Allerdings wurde das genaue Statut Litauens zunächst nicht entschieden, weil sich die führenden Stellen des Reichs nicht über seine Zukunft einig waren. Die bereits erwähnten konservativen Imperialisten wollten das Land einfach annektieren und mit deutschen Kolonisten besiedeln. Ihr liberaler Widerpart, dem insbesondere der Reichskanzler und das Auswärtige Amt angehörten, hatte Vorstellungen, die grundsätzlich Webers Mitteleuropakonzeption entsprachen. Schließlich konnte sich der Reichskanzler durchsetzen und gab am 7. Mai 1917 die sog. „Frisieranweisung“ heraus, nach der Kurland und Litauen als „selbständige Staaten zu frisieren seien“, aber „militärisch, politisch und wirtschaftlich an uns angeschlossen werden“. Die Litauer sollten als eine Art vorläufiger Ersatzregierung einen „Landesrat“ erhalten, für den sie allerdings selbständige Befugnisse verlangten. Da die Militärs ihnen aber nur einen „Vertrauensrat“ mit rein beratender Funktion konzederen wollten, gerieten die Verhandlungen zunächst ins Stocken. In dieser Situation schalteten sich Ropp und Weber ein. Weber, der noch im März 1917 eine deutschbaltische Petition zu Gunsten einer Annexion des Baltikums unterschrieben hatte, distanzierte sich in seinem Memorandum über „Kontinentale Verständigung“ vom 25. April 1917 explizit davon und sprach etwas vage von der „Möglichkeit einer Angliederung oder Anlehnung bestimmter Teile des heutigen westlichen Russlands, vor allem Litauens, eventuell auch Kurlands, an uns“ und schlug speziell für Litauen folgendes vor:

¹⁴ Ausdruck für Politiker der besetzten Länder, die mit Deutschland zusammen arbeiteten.

„Ein Litauischer Nationalrat wäre zu bilden und die ganze litauische Politik wäre entsprechend umzugestalten nach dem Muster der polnischen.“¹⁵

Das heißt, dass wie in Polen auch in Litauen ein Königreich mit eigener Regierung errichtet werden sollte, in einem zunächst noch unbestimmten, aber wohl recht engen Verhältnis zu Deutschland. Gleichzeitig bat Weber den Rektor der Berliner Universität, den Kirchenhistoriker Adolf von Harnack, einen guten Bekannten des Reichskanzlers, sich bei ihm für die litauischen Belange einzusetzen. Baron Ropp wiederum gelang es, die Vorbehalte des sog. Generalquartiermeisters Erich Ludendorff, der gemeinsam mit Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg der Obersten Heeresleitung (OHL) vorstand, auszuräumen, und am 23. September 1917 wurde in einer feierlichen Zeremonie in Vilnius der litauische Landesrat unter dem Namen *Lietuvos Taryba* proklamiert.

Bereits sechs Wochen später fuhr eine hochrangige Delegation der Taryba nach Berlin: Präsident Antanas Smetona, Vizepräsident Steponas Kairys und Generalsekretär Jurgis Šaulys, die alle Mitglieder von Ropps *Fremdvölkerliga* waren. Am 13. November fand im Berliner Luxushotel Adlon ein Litauischer Abend statt, an dem neben Ropp und zahlreichen Politikern wie Eduard David (SPD), Friedrich Naumann (FVP) auch Professoren wie Max Sering, Hans Delbrück und nicht zuletzt Alfred Weber teilnahmen. Smetona hielt einen Vortrag über die „Litauische Frage“, den er gemeinsam mit Ropp verfasst hatte. Darin sprach er in vorsichtigen Wendungen von der Errichtung eines selbständigen, wohlgermerkt nicht eines unabhängigen litauischen Staates, definierte seine Grenzen und erklärte, dass dieser Staat Deutschland als ein Gegengewicht zu Polen dienen könnte. Die Teilnehmer an diesem Abend bildeten die Keimzelle der *Deutsch-Litauischen Gesellschaft* (künftig *DLG*), die zwei Wochen später, am 30. November, in Anwesenheit der Taryba-Delegation im Reichstagsgebäude gegründet wurde. Ihr gehörten zahlreiche Reichstagsabgeordnete vor allem der katholischen Zentrumsparterie, aber auch der SPD und der FVP an, außerdem einflussreiche Bankiers, Journalisten, Universitätsprofessoren, natürlich auch zahlreiche Deutschbalten, Deutschlitauer und Ostpreußen, etwa der bekannte Schriftsteller Hermann Sudermann, der gerade seine *Litauischen Geschichten* veröffentlicht hatte. Der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger, der sich seit August 1917 für die litauischen Interessen engagiert hatte und sich später um die Ernennung des württembergischen Herzogs Wil-

¹⁵ Alfred Weber: Kontinentale Verständigung. In: AWG 7, S. 182-193, (zuerst [1917]1990), hier S. 184.

helm von Urach zum litauischen König bemühte, wurde Präsident der Gesellschaft, Weber Vizepräsident, und beide bildeten gemeinsam mit dem preußischen Litauer und Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Pastor Wilhelm Gaigalat (Vilius Gaigalaitis) den Vorstand. Das Ziel der Gesellschaft war, die Bemühungen Ropps und Webers um eine Aufwertung der Taryba und die Entwicklung Litauens zu einem selbständigen, wenn auch nicht völlig unabhängigen Staatswesen mit den Reichstagsabgeordneten und anderen öffentlichen Meinungsträgern zu koordinieren. Das war um so wichtiger, als die annexionistischen Kreise gerade ein paar Monate vorher, im Mai 1917, die *Deutsch-Baltische Gesellschaft* gegründet hatten, mit der sie für die Germanisierung und Kolonisierung Litauens und der baltischen Provinzen agitierten. Die bereits Ende Oktober von Ropp gegründete Zeitung *Das Neue Litauen*, vom Auswärtigen Amt und dem litauischen Prälaten Konstantinas Olšauskas finanziert, wurde zum Vereinsorgan der *DLG*, und sie sollte auch Weber die Möglichkeit geben, mit einschlägigen Aufsätzen die Entwicklung der litauischen Frage in seinem Sinn zu beeinflussen.

Der Besuch der litauischen Delegation in Berlin hatte zwei Ziele: sie wollte mit der deutschen Regierung über eine Milderung des harten Besatzungsregimes und die endgültige Proklamation eines litauischen Staates verhandeln. Am 26. November baten die Litauer in einer Eingabe an Ludendorff um die Ablösung des Verwaltungschefs von Ober Ost, Franz-Joseph Fürsten zu Isenburg-Birstein, und appellierten auch über Erzberger und David an den Reichstag. Weber unterstützte diese Kampagne nachdrücklich. Er hatte sich schon mehrfach über das „Schreckensregiment“ Isenburgs beschwert¹⁶ und sich Mitte Januar 1917 auch persönlich beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Arthur Zimmermann, für eine Verbesserung der deutschen Militärverwaltung eingesetzt. Am 29. November machte er im Hauptausschuss des Reichstages, einem reduzierten Parlamentariergremium, das zwischen den ordentlichen Reichstagssitzungen zusammentrat, – Weber nahm als Vertreter des Reichsschatzamtbes amtes regelmäßig daran teil – einen weiteren Vorstoß in dieser Frage. Er verlangte von dem Nachfolger Zimmermanns, Richard Kühlmann, Isenburg endlich zu beseitigen, da sonst die ganze deutsche Litauenpolitik zum Scheitern verurteilt wäre. Auch für den Grafen Roedern, der inzwischen Vizekanzler geworden war, stellte er ein Dossier über die Brutalitäten der Isenburgschen Verwaltung zusammen und versuchte, ihn für die litauischen Interessen zu mobilisieren. Leider hatten weder das Auswärtige Amt noch das Schatzamt

¹⁶ Alfred Weber an Else Jaffé, 7.1., 14.1., 25.3.1917, BArch, NL Weber/78, S. 11, 47f.

irgendwelche Weisungsbefugnisse in dieser Frage, Isenburg wurde von der OHL gestützt und erst nach weiteren Beschwerden Ende Januar 1918 abgelöst.

In der Frage der litauischen Staatsbildung ging es zunächst recht schnell voran, denn die deutsche Regierung wollte für die bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland ein *fait accompli* schaffen und für Litauen und die baltischen Provinzen ein definitives politisches Statut festlegen. In ihrer oben erwähnten Eingabe an Ludendorff bat die litauische Delegation auch um die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit und versicherte, in diesem Falle „in nähere Beziehungen zu Deutschland auf Grund abzuschließender Verträge und Konventionen zu treten“. Ganz konkret war von Militär-, Zoll- und Eisenbahnkonventionen die Rede, die gleichzeitig mit der Unabhängigkeitserklärung abgeschlossen werden sollten. Drei Tage später erkannte der neue Reichskanzler Georg Graf von Hertling im Reichstag das Selbstbestimmungsrecht der Litauer an, und am 1. Dezember unterzeichneten Smetona, Kairys und Šaulys ein Protokoll, nach dem Deutschland eine Unabhängigkeitserklärung der Taryba anerkennen würde unter der Bedingung, dass Litauen ein „ewiges festes Bundesverhältnis mit dem Deutschen Reich einging“ und die erwähnten Konventionen abschloss. Am 10. Dezember unterzeichnete der Landesrat in Vilnius die endgültige Resolution, die auf den 11. Dezember datiert wurde. Kurz darauf kam es aber im Landesrat zu heftigen Auseinandersetzungen, da sich der linke Flügel unter dem Sozialdemokraten Kairys den in der Resolution vereinbarten Bündnisverpflichtungen entziehen wollte. Anscheinend verfasste Weber eilig eine etwas veränderte Resolution, die vermutlich zu einem Kompromiss führen sollte, denn am 17. Dezember schrieb er an Frau Jaffé: „Meine Anschlussklärung des Landesrates ist in Kühlmanns Händen.“¹⁷ Am 8. Januar redigierte aber der linke Flügel des Landesrates eine neue Resolution, die die Bündnisverpflichtungen nicht mehr enthielt, aber nicht unterschrieben wurde, weil offenbar die Mehrheit nicht dazu bereit war.

In dieser verfahrenen Situation schalteten sich Weber und Ropp ein. Sie verlangten Mitte Januar von den deutschen Behörden, die Verwaltung an die Litauer zu übertragen und die Bildung einer litauischen Miliz zu gestatten, und so den Wünschen der litauischen Sozialdemokraten entgegen zu kommen. Zwei Wochen später versuchten sie, Politiker der SPD zu einer Einwirkung auf Kairys und seine Freunde zu bewegen. Außerdem bemühte sich Weber in einem Grundsatzartikel, „Litauen vor der Entscheidung“ in *Das Neue Litauen*, die litauischen Politiker von den Vorzügen des Selbstbestimmungsrechts nach

¹⁷ Ders. an dies., 17.12.1917, ebd., S. 1034.

deutschem Muster zu überzeugen. Darin bestätigte er zunächst dem litauischen Volk „das Recht zu eigener gegenüber dem Russentum vollständig selbständiger Staatlichkeit“ und begründete, dass es „ausschließlich durch politische Eroberung an das Russentum gekettet“ war und keinerlei Gemeinsamkeiten mit ihm auf kulturellem oder religiösem Gebiet hatte. Eine Erneuerung der früheren Union mit Polen würde aber zur „abermaligen Bedrohung der eigenen nationalen Entfaltung führen“.¹⁸ Allerdings könne Litauen vor allem wirtschaftlich nicht allein bestehen. Weber erklärte, „seine [Litauens] wirtschaftliche Zukunft kann nur in enger Anlehnung an das Deutsche Reich gedeihen“, und bestand infolgedessen auf einer „politischen und militärischen Anlehnung“¹⁹. Webers Hauptziel erscheint in diesem Artikel sehr deutlich: Es ist der „große mitteleuropäische Wirtschaftskörper“²⁰, den er seit seinem Kriegszielprogramm von 1915 als wichtigstes Kriegsziel Deutschlands propagierte. Er versuchte nun, dieses Ziel auch kulturell zu legitimieren, indem er die Übereinstimmungen im litauischen und ostdeutschen Volkscharakter sowie in den geistigen Tendenzen der beiden Völker hervorhob: „Trotzdem kann nach innerem Wesen und nach äußerer Schickung die Ideenwelt, die Litauens geistige Mitheimat wird, nur diejenige sein, die heute in Deutschland aufwächst.“²¹ Außerdem empfahl er eine Erweiterung des litauischen Landesrates, die im Lichte von Ropps späteren Bemühungen in dieser Richtung wohl die konservativen Elemente verstärken sollte.

Gleichzeitig bemühte sich Weber gemeinsam mit Ropp, die *DLG* zu einem aktiven Faktor im Neuaufbau des Landes zu machen. Auf einer Generalversammlung am 18. Januar machten Ropp und der Deutschbalte Robert Graf von Keyserlingk, Ministerialdirektor im preußischen Landwirtschaftsministerium, Vorschläge, auf welchen Gebieten sich die Gesellschaft in Litauen engagieren sollte, und Weber setzte sich besonders für einen Kapitalfonds zur Finanzierung dieser Vorhaben ein und versprach, Kontakte zur Deutschen Bank und zur Nationalbank zu vermitteln. Allerdings wurden alle diese Projekte von der Militärverwaltung sabotiert, die die Ansätze einer litauischen Selbstverwaltung im Keim zu ersticken versuchte, um ihr Projekt einer klassischen Annexion des Landes doch noch durchsetzen zu können.

¹⁸ Alfred Weber: Litauen vor der Entscheidung. In: AWG 7, S. 218-222, hier S. 219 (zuerst 20.1.1918).

¹⁹ Ebd., S. 220.

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd., S. 222.

Damit konnte natürlich die pro-deutsche sog. „aktivistische“ Fraktion im Landesrat nicht gestärkt werden, und am 16. Februar kam es zu einem folgenschweren Affront: Der Landesrat proklamierte einseitig die Unabhängigkeit Litauens, ohne die Dezemberresolution mit ihrer Anerkennung eines deutsch-litauischen Bündnisvertrages zu berücksichtigen. Reichskanzler Graf Hertling lehnte natürlich diese Proklamation ab und beharrte auf den Verpflichtungen aus der Resolution vom 11. Dezember. Die Litauer mussten angesichts der Änderungen in der politischen Situation – der Friede von Brest-Litowsk, der die Abtrennung Litauens von Russland vorsah, war am 3. März unterzeichnet worden – den deutschen Forderungen nachgeben. Eine bevollmächtigte Delegation der Taryba kam nach Berlin, und am 23. März wurde Litauen von Deutschland als unabhängiger Staat auf der Grundlage der Resolution vom 11. Dezember anerkannt. Einen Tag später lud die *DLG* die Delegation der Taryba zu einem Gabelfrühstück ins Hotel Adlon ein. Zahlreiche deutsche und litauische Persönlichkeiten hielten dabei kurze Ansprachen, die kaum einen konkreten Inhalt hatten und die bestehenden Gegensätze durch nationale Phrasen zu überdecken versuchten. Einzig Weber ging auf die konkreten Probleme des neuen Staates ein und erklärte den Litauern, aus welchen Gründen Deutschland ihre Unabhängigkeit beschränken musste:

„[...] da andererseits – man muß das offen aussprechen – unsere Interessen und Notwendigkeiten verlangen, daß Sie als selbständiger Staat gleichzeitig Garantien für unsere Position im Osten bieten, deshalb mußten wir vor der Anerkennung Ihrer Selbständigkeit verlangen, daß Sie dieses notwendig enge Zusammenleben auch zunächst in feste Formen brachten.“²²

Dann erwähnte Weber das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das er als die Grundlage der Staatswerdung bezeichnete, unterstrich aber, daß es durch die Realitäten des Lebens beeinflusst werde. Er betonte, dass

„Sie [die Litauer] als eine gesunde, zukunftsfrüchtige Nation und ein gesunder Staat nur leben können, wenn Sie sich in enger Anlehnung an uns befinden und mit starker Unterstützung von unserer Seite arbeiten.“²³

In seiner Rede sprach Weber auch von den Aufgaben der *DLG*:

²² Alfred Weber: Die Begründung des Litauischen Staates. Ebd., S. 223-226, hier S. 224f. (zuerst 1.4.1918).

²³ Ebd., S. 224.

„Wir sind eine Arbeitsgemeinschaft, die die Absicht hat, den Litauern bei dem Aufbau ihres Staates, soweit es in unseren Kräften steht, zur Seite zu stehen.“²⁴

Einige Wochen später musste Weber aber auf einer Sitzung des Ausschusses für Staats- und Verwaltungsangelegenheiten der *DLG* mit Bitterkeit feststellen: „In Wirklichkeit haben wir bis jetzt noch nichts getan.“²⁵ Er suchte die Schuld bei den Litauern, warf ihnen vor, sie hätten zu den Vorschlägen der *DLG* nie Stellung genommen und erklärte schließlich: „Es wird fortgesetzt die Unabhängigkeit des litauischen Staates betont, aber ich habe nicht das Gefühl, dass die Herren sich positiv betätigen“²⁶ – ein Vorwurf, der wohl nicht ganz unberechtigt war. Der litauische Exilpolitiker Juozas Gabrys, der mit seinem *Litauischen Informationsbüro* und seinem *Obersten Litauischen Nationalrat* von Lausanne aus die Befreiung Litauens propagandistisch und diplomatisch vorantrieb, hatte bereits auf der sog. 4. Lausanner Konferenz im November 1917 mit einer Delegation unter Leitung von Smetona vereinbart, dass die Zuständigkeiten des Landesrates erweitert und zumindest zwei Abteilungen, nämlich Wohlfahrt und Petitionsangelegenheiten, sofort errichtet werden sollten. Knapp ein Jahr später, auf der 5. Lausanner Konferenz im September 1918, machte er Smetona und seinen Mitarbeitern genau die gleichen Vorwürfe wie Weber.²⁷

Ein anderer Hinweis Webers betraf den angeblich zunehmenden Radikalismus im Landesrat, der allerdings, wie er selbst erkannte, durch die Schikanen der deutschen Militärverwaltung verstärkt wurde. Um dieser Situation abzuweichen, wiederholte Weber seinen früheren Vorschlag, den Landesrat zu erweitern und konnte auch auf einer Mitgliederversammlung der *DLG* am 17. April gemeinsam mit Baron Ropp eine einstimmige Resolution in diesem Sinn verabschieden lassen. Dieser hatte zur Begründung erklärt: „Der Landesrat wird von einer Minorität geführt, die von der russischen Revolution angesteckt ist und welche

²⁴ Ebd., S. 223.

²⁵ Alfred Weber, [Die Situation in Litauen], ebd., S. 228-2289, hier S. 228 (zuerst 12.4. 1918).

²⁶ Ebd.

²⁷ Eberhard Demm und Christina Nikolajew (Hrsg.): Auf Wache für die Nation. Erinnerungen. Der Weltkriegsagent Juozas Gabrys berichtet (1911-1918). Frankfurt/Main 2013, S. 265f., 333f., 340, 343, 351; vgl. zu Gabrys die dort angegebene Literatur S. 10f., zuletzt Eberhard Demm: Nationalistische Propaganda und Protodiplomatie als ethnisches Geschäft: Juozas Gabrys, die „Union des Nationalités“ und die Befreiung Litauens (1911-1919), Litauisches Kulturinstitut Lampertheim 2001, Nachdruck in: ders.: Ostpolitik (wie Anm. 1), S. 139-258.

unbedingt deutschfeindlich ist.“ Die Gründe lagen aber tiefer. Es gab im Landesrat Pläne zur Aufteilung des Großgrundbesitzes. Um das zu verhindern, plante der Baron zusammen mit polnischen, deutschbaltischen und einigen litauischen Großgrundbesitzern und Geistlichen die Konstituierung einer *Ordnungspartei*, die Delegierte in den Landesrat entsenden sollte. Weber unterstützte ihn dabei und empfahl ihm auch, etwas Land an die Bauern verteilen zu lassen, um so ihre Sympathien zu gewinnen und den Bolschewisten das Wasser abzugraben. Ropps Partei wurde schließlich im August 1918 unter dem Namen *Verband der Landbesitzer Litauens* gegründet, hatte aber in der litauischen Politik überhaupt keine Chancen.

Trotz der Verschlechterung der Situation intervenierte Weber Anfang Mai gemeinsam mit den beiden anderen *DLG*-Vorstandsmitgliedern Erzberger und Gaigalat beim Reichskanzler mit der Bitte, endlich den Aufbau staatlicher Organe zu gestatten und die litauischen Kriegsgefangenen zu entlassen. Während nämlich Russen und teilweise sogar Franzosen nach Hause geschickt wurden, mussten die Litauer weiter in ihren Lagern in Deutschland bleiben. Da aber auch einschlägige Verhandlungen mit dem preußischen Kriegsministerium und dem Reichsamt für Inneres fehlschlagen, stellte Weber im Juni seine Interventionen zugunsten Litauens ein. Nach seinem Ausscheiden aus dem Schatzamt zum 1. Mai 1918 wurde er von Ropp in seinem *Bureau für Ostpolitik* angestellt und konzentrierte nun seine Bemühungen auf die Ukraine und Georgien.

Nach der militärischen Niederlage Deutschlands ließen sich natürlich weder Webers Litauenpläne noch seine Mitteleuropakonzeption verwirklichen. Während er sich in der Folge nicht mehr speziell für Litauen interessierte, schwärmte er Mitte der Zwanziger Jahren zeitweilig von einer „Schicksalsgemeinschaft“ Deutschlands mit Osteuropa und proklamierte eine eher geistig ausgerichtete „nationale Sendung“ Deutschlands im Osten. Ab Ende der Zwanziger Jahre vertrat er im *Europäischen Kulturbund* einen wirtschaftlichen Zusammenschluss der europäischen Staaten und fundierte Anfang der Dreißiger Jahre diese Konzeption wirtschaftstheoretisch durch ein siebenjähriges Rockefeller-Forschungsprojekt mit elf Mitarbeitern über das „Wirtschaftsschicksal Europas“, das an seiner Standortlehre orientiert war.²⁸ Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war er einer der wenigen, die die Notwendigkeit und die konkre-

²⁸ Eberhard Demm: Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik. Der politische Weg Alfred Webers von 1920 bis 1958. Schriften des Bundesarchivs Bd. 51, Düsseldorf 1999, S. 154ff., 205ff., 209ff.

ten Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der europäischen Länder klar erkannten und sich mehrfach dafür einsetzten. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Vorstufe der Europäischen Union, lehnte er allerdings leidenschaftlich als „Finis Germaniae“ ab, weil er angesichts der anhaltenden Besetzung Ostdeutschlands durch die sowjetische Armee davon die Zementierung der deutschen Teilung befürchtete.²⁹

Inzwischen ist jedenfalls der europäische „Wirtschaftskörper“, wie ihn Alfred Weber und andere liberale Imperialisten des Ersten Weltkriegs planten, in weitaus größerem Umfang verwirklicht worden, und ihr Hauptziel, nämlich der durch Zölle und sonstige Bestimmungen unbehinderte Export deutscher Wirtschaftsgüter und deutschen Kapitals in das europäische Ausland, ist durch die EU seit langem erreicht. Litauen ist jetzt mit Deutschland militärisch über die NATO, wirtschaftlich über die EU und neuerdings sogar währungspolitisch durch die Einführung des Euro verbunden. Allerdings wird es nicht, wie 1918 vorgesehen, von einer deutschen Supermacht beherrscht, da die EU eine demokratische Mitbestimmung ihrer Mitgliedstaaten gewährleistet, und Kolumnisten, die unter Hinweis auf die damaligen Mitteleuropapläne vor einer zunehmenden Hegemonie Deutschlands in der EU warnen, sind nur in ganz versteigerten Kreisen zu finden.³⁰

²⁹ Ebd., S. 383f., 419.

³⁰ Z.B. Dexter B. Wakefield: Mitteleuropa: a Dream Coming True, 2.8.2011, www.tomorrowworld.org/commentary/mitteleuropa-a-dream-coming-true; gehässige Hinweise auf die NS-Großraumpolitik im Zweiten Weltkrieg durch die Gleichsetzung Angela Merkels mit Adolf Hitler sind häufiger, vgl. Aya Bach, Merkel as Hitler, Deutsche Welle, 18.4.2013, www.de.de/Merkel-as-hitler-a-16753456